

# STADT NORDEN

## Protokoll

über die Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses (06/FO/2013)

am 06.11.2013

Hilfeleistungszentrum, Osterstr. 93

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses vom 29.05.2013  
**0620/2013/2.1**
7. Katzenkastationsaktion; Bericht der örtlichen Tierschutzorganisationen  
**0705/2013/2.1**
8. Sachkundenachweis nach dem neuen Hundegesetz; Informationen durch Frau Dr. Schiffer  
**0718/2013/2.1**
9. Bericht aus dem Präventionsrat zur Problematik der sog. "Parkplatzheizer"  
**0719/2013/2.1**
10. Erlass einer Lärmschutzverordnung; Antrag der SPD-Fraktion  
**0704/2013/2.1**
11. Dringlichkeitsanträge
12. Anfragen
13. Wünsche und Anregungen
14. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

**zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Im Anschluss an die Besichtigung der Baustelle des Neubaus der Obdachlosenunterkunft im Flökershauser Weg eröffnet der Ausschussvorsitzende, Herr Julius, den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.05 Uhr und begrüßt neben den Ausschussmitgliedern auch die anwesenden Gäste: Herrn Kuhn (Tierheim Hage), Frau Lindemann (Katzenauffangstation Westerende), Frau Dr. Goselaar (Tierärztin) sowie Herrn Trakis, der als beratendes Mitglied aus dem Behinderten- und Seniorenbeirat der Stadt Norden in den Ausschuss gesandt wurde.

Frau Carow lässt sich entschuldigen, sie wird später zur Sitzung kommen, da sie an einer Sitzung eines Fachausschusses des Landkreises teilnimmt.

Herr Schmelze ist ortsabwesend und wird von Herrn Sikken vertreten.

**zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen**

Der Vorsitzende fragt an, ob die Anwesenden damit einverstanden sind, dass die TOP 9 und 10 vertauscht würden; Herr Müller, PK Norden, ist noch unterwegs und kann daher erst später zum Thema „Parkplatzheizer“ berichten. Alle sind einverstanden.

Die neue Tagesordnung lautet somit:

TOP 9: Erlass einer LärmschutzVO

TOP 10: Bericht aus dem Präventionsrat zum Thema „Parkplatzheizer“

**zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen**

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

## zu 5 Bekanntgaben

Herr Fröbel berichtet:

Die vielen Feuerwehreinsätze, die durch den Orkan „Christian“ erforderlich waren (Herr Stellmacher nennt die Zahl 91), liefen schnell und effizient. Hier haben sich die moderne Kommunikationstechnik und der gute Ausbildungsstand der Feuerwehr bewährt; die Zusammenarbeit mit dem THW verlief reibungslos und vorbildlich. Herr Julius dankt der Feuerwehr und dem THW im Namen der Politik für ihre Leistungen.

Herr Fröbel teilt mit, dass bei Stürmen / Orkanen dieser Stärke die Friedhöfe aus Gründen der Gefahrenabwehr gesperrt werden, um Verletzungen durch herabfallende Äste oder umstürzende Bäume zu verhindern.

Zum Thema Radfahrer auf den Friedhöfen - insbesondere Am Zingel - gibt Herr Fröbel an, dass nach Gesprächen mit dem anliegenden Altenwohncentrum geplant ist, bei der Brücke zwischen Friedhof und Altenwohnheimgelände eine Pforte und evtl. weitere Hindernisse für Radfahrer einzubauen. Die Pforte würde dann erst nach Schulbeginn geöffnet, so dass ein Großteil der Querungsfahrten über das Friedhofsgelände verhindert wird, die immer wieder auf dem Friedhofsgelände für Gefahrensituationen für die - oft älteren - Besucher sorgen.

Eine Powerpointpräsentation zum Rosenmarkt dieses Jahres verdeutlicht, wie qualitativ hochwertig und abwechslungsreich diese Veranstaltung ist und wie gut sie von den Norder Bürgerinnen und Bürgern - aber auch von Besuchern aus ganz Ostfriesland - angenommen wird. Herr Julius sieht im Rosenmarkt einen großen Erfolg; er plädiert dafür, das Niveau zu halten und vielleicht noch auszubauen.

Abschließend verteilt Herr Fröbel einen Flyer zum diesjährigen Beestmarkt und teilt mit, dass die Gewinnerin des Urlaubs auf dem Ponyhof aus Südhessen stammt und bereits in den Vorjahren jeweils mit ihrer Familie als Feriengast auf dem Beestmarkt war. Auch dieses Beispiel mache deutlich, dass die Veranstaltung auch ein attraktives Angebot für Touristen in der Nachsaison darstelle.

Herr Julius erwähnt die gelungene Veranstaltung im Rahmen der Einweihung des Jugendfeuerwehrgebäudes am 18.10.2013.

Herr Stellmacher gibt bekannt, dass der ELW 1 nach Feststellung einer Fachwerkstatt aufgrund des durchgerosteten Unter- und Zwischenbodens als wirtschaftlicher Totalschaden angesehen werden muss - das Fahrzeug ist 12 Jahre alt; eine Reparatur des vorderen Teils läge bei 7.000 €, eine komplette Reparatur würde ca. 14.000 € kosten. Herr Julius schlägt vor, einen Ansatz in die Haushaltsberatungen für 2014 aufzunehmen.

## zu 6 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses vom 29.05.2013

**0620/2013/2.1**

**Sach- und Rechtslage:**

Entfällt.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Feuerwehr- und Ordnungsausschuss beschließt:  
Das Protokoll über die öffentliche Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses vom  
29.05.2013 wird genehmigt.**

**Stimmergebnis:    Ja-Stimmen: 9  
                          Nein-Stimmen: 0  
                          Enthaltungen: 0**

**zu 7    Katzenkastrationsaktion; Bericht der örtlichen Tierschutzorganisationen  
0705/2013/2.1**

**Sach- und Rechtslage:**

Über die Problematik des Anstieges der Zahlen von herrenlosen Katzen im Gebiet der Stadt Norden wurde der Ausschuss für Feuerwehr- und Ordnungsangelegenheiten im Zusammenhang mit der Beratung über eine Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht in der Sitzung am 15.01.2013 informiert.

In dieser Sitzung wurde auch dem Rat empfohlen, die Unterstützung von örtlichen Tierschutzorganisationen für die Durchführung von Kastrationsaktionen in Höhe von 2.500,00 € jährlich festzusetzen. Der Rat folgte in seiner Sitzung vom 07.02.2013 dieser Empfehlung.

Durch Vertreter des Bundes gegen den Missbrauch der Tiere und der Aktiven Tierfreunde e. V. (Katzenauffangstation Westerende) soll eine Information zum Sachstand und zur weiteren erwarteten Entwicklung erfolgen - auch vor dem Hintergrund der neuerdings bestehenden Möglichkeiten für die Landesregierung hier tätig zu werden (eine Ermächtigungsgrundlage für die Länder zum Erlass von entsprechenden Verordnungen ist in das im Juli 2013 vom Bundestag verabschiedete Tierschutzgesetz aufgenommen worden).

Herr Kuhn, Tierheim Hage, macht anhand einer Grafik deutlich, dass aus einer Katze und deren Nachkommen innerhalb von 10 Jahren eine Population von 80 Mio. Tieren entstehen kann und weist auf die Gefahren einer solchen Entwicklung hin (Gefahr der Krankheitsverbreitung auch auf Menschen, Belästigung der Bürgerinnen und Bürger durch Ausscheidungen der Katzen). Die Tierheime sind bereits überlastet; die Kosten steigen stetig an (siehe beigefügte Kostenaufstellung). Um diese niedrig halten zu können, ist es wichtig, auch eine Kennzeichnungspflicht einzuführen, damit evtl. krank ins Tierheim abgegebene Tiere ihren ursprünglichen Besitzern zurückgegeben werden können, wodurch die Tierärztkosten (bis zu 300 € pro Katze) nicht vom Tierheim zu tragen wären. Im Jahr 2009 wurden jedoch von 88 Fundkatzen lediglich vier von ihren Besitzern wieder abgeholt.

Herr Kuhn weist auf die Möglichkeit, den Bund gegen Missbrauch der Tiere e. V. als Begünstigten in einem Testament festzuhalten.

Herr Müller vermutet, dass von vielen Katzenhaltern zusätzliche Kosten vermieden werden sol-

len und erkundigt sich nach dem Preis für einen Chip. Herr Kuhn erklärt, dass ein Chipvorgang etwa 30,00 € kostet; Frau Dr. Gosselaar ergänzt, dass der Tierarzt das Tier dann entsprechend z. B. beim kostenlosen Haustierregister „Tasso e.V.“ anmeldet, wodurch eine zweifelsfreie Zuordnung zum Besitzer gewährleistet wird.

Herr Julius gibt an, dass die Katzenbesitzer zum Nachdenken angeregt werden sollen: Im Vergleich zu den genannten Kosten für eine Katze sind die Kosten für einen Hund allein schon wegen der Hundesteuer wesentlich höher.

Herr Gent lobt das Engagement sowohl des Tierheims als auch der Katzenauffangstation. Er appelliert an die anwesenden Fraktionsmitglieder, sich bei ihren Parteien für den Erlass der entsprechenden Verordnung auszusprechen - es kann nicht sein, dass diese wegen des Vetos eines Einzelnen nicht wirksam würde.

Darauf entgegnet Herr Eilers, dass die Verwaltung eine sachgerechte, mit den Verbänden abgestimmte Verordnung entworfen habe. Aufgrund der Einwände eines Einzelnen hätte das zuständige Landesministerium einen Erlass herausgegeben, wonach es erforderlich ist, für die örtliche Region Norden eine ausgeprägte „Katzenplage“ nachweisen zu müssen. Dieser Nachweis kann zur Zeit aufgrund fehlender Datenlage nicht geführt werden. Deshalb durfte die Verordnung nicht wirksam werden. (red. Anmerkung: Bevor hierzu eine Erfassung abgeschlossen werden konnte, hat sich die Rechtslage geändert: Eine Neufassung des Tierschutzgesetzes sieht jetzt eine Ermächtigungsgrundlage für die Länder zum Erlass derartiger Verordnungen vor. Niedersachsen will von diesem Recht Gebrauch machen)

Frau Lindemann schlägt vor, ein Hinweisschreiben zur Kastrations- und Kennzeichnungspflicht an alle Norderinnen und Norder zu versenden - z. B. mit dem Grundabgabenbescheid zusammen, damit keine zusätzlichen Kosten verursacht werden. Herr Eilers sagt zu, dies prüfen zu wollen.

#### **Der Feuerwehr- und Ordnungsausschuss nimmt Kenntnis.**

#### **zu 8 Sachkundenachweis nach dem neuen Hundegesetz; Informationen durch Frau Dr. Schiffer 0718/2013/2.1**

##### **Sach- und Rechtslage:**

Bericht der Tierärztin Frau Dr. Schiffer zum Thema „Hundeführerschein“

Zum 01.07.2011 ist das neue Niedersächsische Hundegesetz (NHundG) in Kraft getreten.

Seit dem 01.07.2011 ist jeder Hundehalter verpflichtet, seinen Hund (älter als 6 Monate)

- per Chip kennzeichnen zu lassen
- per Haftpflichtversicherung (Mindestversicherungssumme 500.000,00 € für Personenschäden

sowie 250.000,00 € für Sachschäden) zu versichern.

Seit dem 01.07.2013 gilt zudem:

- Ein Hundehalter hat die erforderliche Sachkunde zu besitzen. Hierfür ist eine theoretische und praktische Sachkundeprüfung erforderlich. Für Personen, die in den letzten 10 Jahren für mindestens 2 Jahre einen Hund gehalten haben, entfällt diese Sachkundeprüfung.
- Jeder Hundehalter hat seinen Hund in dem vom Fachministerium eingerichteten Zentralregister anzumelden. Die Anmeldung kann sowohl online ([www.hunderegister-nds.de](http://www.hunderegister-nds.de)) per Bankeinzug (dann 17,26 €), telefonisch unter 0441-390 10 400 (Mo.-Fr. in der Zeit von 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr) oder schriftlich an: KSN Kommunales Systemhaus Niedersachsen GmbH, Elsässer Str. 66, 26121 Oldenburg per Bankeinzug oder gegen Überweisung (dann 27,97 €), erfolgen.

Von den ca. 2.500 in Norden angemeldeten Hunden waren am 21.10.2013 394 gemeldet. Eine nochmalige Information der Bürger soll mit einem Schreiben, das den Grundabgabenbescheiden im Januar 2014 beigefügt werden könnte, erfolgen.

Viele Bürger, die sich für die Anschaffung eines Hundes entscheiden, müssen jetzt eine Sachkundeprüfung ablegen. Hierzu tauchen trotz mehrerer Presseveröffentlichungen immer noch wieder Fragen auf. Frau Dr. Schiffer zählt z. Zt. zu den wenigen Fachkräften in Norden und den Umlandgemeinden, die diesen Sachkundelehrgang durchführen können. Über die Berichterstattung in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr- und Ordnungsangelegenheiten kann eine weitere Information auch an die Bürger erfolgen.

Frau Dr. Schiffer ist leider verhindert; ihr Vortrag wird in der nächsten Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses nachgeholt.

Herr Kuhn bezeichnet das neue Hunderegister als „Farce“: Warum sollen die Bürger ihre Hunde erneut neben der Anmeldung zur Hundesteuer kostenpflichtig registrieren lassen (was zudem z. T. nur während der behördlichen Öffnungszeiten möglich ist), wenn das Register „Tasso e.V.“ kostenlos und dazu noch rund um die Uhr erreichbar ist? Er fragt an, warum das Polizeikommissariat Norden kein Lesegerät für Chips vorhält? Auch für den für das private Hunderegister vom Land im Jahr 2012 gezahlten Zuschuss in Höhe von 150.000 € hat Herr Kuhn unter den genannten Gesichtspunkten kein Verständnis.

## **zu 9 Bericht aus dem Präventionsrat zur Problematik der sog. "Parkplatzheizer" 0719/2013/2.1**

### **Sach- und Rechtslage:**

Im Jahr 2007 wurde in der Stadt Norden eine Bürgerbefragung zum Thema „Sicherheitsempfinden im Bereich der Stadt Norden“ durchgeführt. Nach deren Auswertung wurde der „Arbeitskreis Unsicherheitsräume“ gebildet, in dem Vertreter der Stadtverwaltung, der Polizei, des Landkreises und des Präventionsrates mitwirken.

Ein Thema, das der Arbeitskreis bearbeitet, ist die Problematik der sog. „Parkplatzheizer“: In den Abendstunden treffen sich Heranwachsende mit ihren PKW auf den Parkplätzen der großen Geschäfte in der Gewerbestraße (Combi/Vögele/Lidl) und verursachen Lärm durch laute Musik und Unterhaltungen; aber auch durch quietschende Reifen und laute Motorengeräusche werden die Bewohner in den nördlichen Stadtteilen belästigt, wie zahlreiche Beschwerden aus diesen Wohngebieten zeigen. Ein weiteres Problem ist der Müll, den die jungen Leute hinterlassen.

Der Präventionsrat hat sich mit dieser Problematik befasst und u. a. das Gespräch mit den jugendlichen Autofahrern und den ansässigen Gewerbetreibenden gesucht. Ein Vertreter des Polizeikommissariats wird in der Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr- und Ordnungsangelegenheiten am 06.11.2013 über den Sachstand informieren.

Der Leiter des Polizeikommissariats Norden, Herr Müller, berichtet zum Sachstand in Sachen „Parkplatzheizer“:

Die Problematik hat sich von Norddeich („Molenheizer“) auf die Parkplätze im Gewerbegebiet „Combi/Vögele/McDonalds“ verschoben. Die Belästigungen durch Motorenlärm uvm. ist hervorzuheben.

Verbote und Platzverweise würden das Problem lediglich erneut verlagern, so dass die Polizei und Vertreter der Stadtverwaltung in der Vergangenheit das Gespräch mit den Autofahrerinnen und Autofahrern gesucht haben. Hierbei stellte sich heraus, dass die meisten von ihnen vernünftige junge Leute sind, die sich abends dort treffen. Einige jedoch machen das Ansehen der ganzen Gruppe durch ihr Fehlverhalten (laute Motorengeräusche, laute Musik, Müll hinterlassen) kaputt. Man verwies auf die Gruppenverantwortlichkeit: Diejenigen, die stören, sollen von den anderen bei der Polizei gemeldet werden, um gezielt gegen die Störer vorgehen zu können. Herr Fröbel hatte im Rahmen des vorgenannten Gesprächs den Vorschlag gemacht, sich zu einer Gruppe zusammenzuschließen, um sich Regeln geben zu können und gemeinsam gegen Lärmverursacher Position beziehen zu können - seitdem gibt es auf „facebook“ eine entsprechende Gruppe. Diese Gruppe wünscht sich die Anlegung eines eigenen Treffpunktes; dieser Wunsch kann jedoch aus finanziellen Gründen nicht erfüllt werden. Somit gilt zurzeit folgendes „Abkommen“: Die offizielle Beschilderung auf den Parkplätzen ließe eine Ahndung durch die Polizei zu, aber solange sich alle vernünftig benehmen, wird der Verstoß z. B. gegen das Verbot der Einfahrt nicht geahndet. Einzelne Störer wurden mittlerweile aus der großen Gruppe bei der Polizei gemeldet und erhielten entsprechende Strafen; seitdem gehen beim Polizeikommissariat Norden weniger Beschwerdeanrufe ein.

Die Fluktuation innerhalb der Gruppe macht aber eine dauerhafte Prognose unmöglich, man muss die Entwicklung abwarten und beobachten.

Herr Julius dankt für den Vortrag und gibt zu bedenken, dass die Autofahrerinnen und Autofahrer nicht alle aus Norden stammen, dass aber das Problem in Norden liegt - besonders die Müllentsorgung auf den anliegenden Straßen wird der Stadtverwaltung sehr teuer.

Herr Müller weist darauf hin, dass für kurze Zeit dort aufgestellte Müllbehälter leider auch für die Entsorgung von Hausmüll aus den umliegenden Siedlungen missbraucht wurden und daher wieder abzubauen waren; er hat jedoch schon selbst erlebt, dass einige der „Parkplatzheizer“ ihren Müll in gelben Säcken mit nach Hause nehmen. Eine Verbesserung ist somit zu erkennen.

Herr Trakis bestätigt, dass seiner Meinung und der vieler Nachbarn nach die Situation dort besser geworden ist.

Herr Fröbel macht deutlich, dass schnelleres Handeln der beteiligten Behörden bei Sicherheitsproblemen oder Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung im Vergleich zu früher durch die gute Vernetzung im Präventionsrat möglich ist und dass der Präventionsrat diese Angelegenheit weiter begleiten wird.

Abschließend macht Frau Bohlen deutlich, dass alle Anwesenden das Handeln im Sinne des vorgenannten Opportunitätsprinzips (keine Ahndung trotz vorhandener Rechtsgrundlage, solange sich alle ordnungsgemäß benehmen) begrüßen.

**Der Feuerwehr- und Ordnungsausschuss nimmt Kenntnis.**

zu 10 **Erlass einer Lärmschutzverordnung; Antrag der SPD-Fraktion  
0704/2013/2.1**

**Sach- und Rechtslage:**

Die Fraktionen der SPD und Bündnis90/Die Grünen beantragten den Erlass einer örtlichen Verordnung zur Bekämpfung des Lärms aufgrund des Niedersächsischen Lärmschutzgesetzes. Der Antrag mit dem Verordnungsentwurf ist beigefügt.

Die Verwaltung wird in der Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses am 06.11.2013 eine Stellungnahme mit einem in einigen Punkten geänderten Entwurf vorlegen.

Die Verwaltung hat mit der Tischvorlage "Mitteilung zum Beschluss - Nummer 0704/2013/2.1" folgende Unterlagen vorgelegt:

Eine Stellungnahme der Verwaltung zu dem Entwurf von den Fraktionen SPD/Die Grünen inkl. Erläuterungen und Änderungsvorschlägen, eine mit diesen Änderungsvorschlägen versehene Neufassung des vorgenannten Entwurfs, drei Presseartikel zum Thema Lärmschutz sowie die Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Norden vom 21.04.1994.

Herr Fröbel weist auf die Vorlage und den Entwurf einer Lärmschutzverordnung der Verwaltung hin. Dieser Entwurf soll mit moderaten Einschränkungen - insbesondere hinsichtlich der Bautätigkeit - einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessengruppen ermöglichen. Nach Aussage des Herrn Eilers soll in dieser Sitzung zunächst die Diskussion angefacht werden; die vorgenannten Unterlagen und beide Entwürfe sollen ausgiebig in den Fraktionen beraten werden. Das Ziel soll sein, eine Verordnung zu erschaffen, die dem geltenden Recht entspricht und die sowohl die Belange der Anwohner und Kurgäste, aber auch der im Kurbereich tätigen Gewerbetreibenden berücksichtigt. Norddeich soll nicht nur Kurgelände mit fast ausschließlicher Nutzung der Gebäude für touristische Zwecke werden, sondern eine gemischte Anwohnerstruktur erhalten - dies ist z. B. ein großer Unterschied zu den Inselgemeinden.

Herr Gent weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag unter diesen Umständen geändert werden muss, womit sich alle Ausschussmitglieder und der Vorsitzende einverstanden erklären.

Herr Eilers bittet ausdrücklich um aktive Rückmeldungen aus den Fraktionen zum Thema Lärmschutzverordnung; Herr Fröbel bittet darum, eine verwaltungsrechtlich problematische Überregulierung zu vermeiden und bietet eine weitergehende Beratung durch die Verwaltung in dem kommenden Diskussionsprozess an.

Der Feuerwehr- und Ordnungsausschuss ist sich einig, dass die Entwürfe in den Fraktionen beraten werden und der TOP in der Frühjahrssitzung 2014 erneut aufgestellt wird.

**Beschlussvorschlag:**

**Die von der Stadtverwaltung und den Fraktionen SPD/Die Grünen vorgelegten Entwürfe sollen zunächst in den Fraktionen ausführlich beraten werden; eine erneute Beratung im Feuerwehr- und Ordnungsausschuss ist im Frühjahr 2014 vorgesehen.**

**Stimmergebnis:    Ja-Stimmen: 9**  
**Nein-Stimmen: 0**  
**Enthaltungen: 0**

**zu 11    Dringlichkeitsanträge**

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

**zu 12    Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

**zu 13    Wünsche und Anregungen**

Es liegen keine Wünsche und Anregungen vor.

**zu 14    Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Der Vorsitzende, Herr Julius, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.30 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Die Protokollführerin

- Julius -

- Schlag -

- Krage -